

Interessengemeinschaft GESCHICHTE GERETSRIED

Stadtrat: 40000 Mark für Mahnmal

Geretsried - Nachdem noch im November vergangenen Jahres auf der Bürgerversammlung in Geretsried die Aufstellung eines Mahnmals zum Gedenken an den Dachauer Todesmarsch in einer aufgeheizten Stimmung entschieden abgelehnt wurde, so war der Beschluß des Stadtrat in seiner Sitzung vom 17. Januar 1990, der sich nun doch für die Aufstellung eines Mahnmals entschied, überaus überraschend.

In einem Antrag an den Stadtrat hatte Nikolaus Benz (Die Grünen) gefordert, an einer zentralen Stelle in Geretsried zum "Gedenken an die Opfer" des Todesmarsch und "als Warnung für die Zukunft" ein Mahnmal zu errichten und dafür im Haushalt 1990 40 000 DM für die Durchführung eines Wettbewerbs für das Mahnmal bereitzustellen.

Es handelte sich dabei um jenen Todesmarsch von mehr als 7000 Häftlingen des Konzentrationslagers Dachau, die von der SS vom 26. April 1945 an, in Richtung Tirol getrieben wurden. Dabei bewegten sich einzelne Häftlingsgruppen auch durch das heutige Stadtgebiet von Geretsried, so wie etwa durch Gelting, "Alt-Geretsried" und in das Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager "Buchberg", welches auf der "Böhmwiese" gegenüber dem jetzigen Rathaus lag.

Bürgermeister Gerhard Hasreiter stellte fest, daß die Gefangenen, die im Lager "Buchberg" ankamen, "nicht der Hauptzug, sondern eine versprengte Gruppe" waren. Gleichzeitig verwies er auf die Opfer der Vertreibung, die, wie er schon auf der Bürgerversammlung im November letztes Jahr sinngemäß sagte, wohl einen größeren Stellenwert in der Geschichte der Stadt Geretsried einnehmen. Auch sprach er die Zwangsarbeiter an, welche in den Geretsrieder Rüstungsbetrieben arbeiten mußten, die man nicht vergessen dürfe.

Gerhard Meinl (CSU) war der Meinung, man solle neben dem "Todesmarsch" gleichzeitig an die Opfer der Vertreibung erinnern. Er schlug mit der Begründung "man sollte nicht eine Gruppe von Opfern alleine würdigen", einen "Kompromiß" (so Meinl) vor, "ein Mahnmal für alle Opfer" zu errichten. Der Unionsvorsitzende stellt sich "eine Art Kapelle" mit eingebundenem Kunstwerk vor.

Das sah Ernst Walko (FDP) anders: "Wir sollten nicht Leid mit Leid vermischen". Er plädierte dafür, die Stadt möge sich noch nachträglich jenen acht Gemeinden, darunter Wolfratshausen, anschließen, die von Gauting ausgehend, jeweils mit gleich gestalteten Gedenktafeln, Stationen des Häftlingszugs markierten. "Ich frage mich, ob sich Geretsried davon ausschließen kann", so Walko. SPD-Sprecher Walter Büttner bestätigte Walkos Ansicht mit den Worten, "daß man die Dinge nicht vermischen sollte" und meinte: "Ein Mahnmal ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft."

Zumindest auf die Finanzierung des Vorhabens konnten sich die Ratsmitglieder einigen. Die von Benz geforderte Summe wird nun als "erste Rate" für weitere Rücklagen verstanden, mit denen ein wie immer gestaltetes Mahnmal finanziert werden soll. Möglich sind somit auch zwei verschiedene Gedenkstätten. Jetzt hat der Kulturausschuß das Problem zu lösen, wie man den Opfern der Vertreibung und des Todesmarsch gleichermaßen gerecht werden könnte.

Rechts ist das "Gautinger Mahnmal" zu sehen. Die Plastik kostet 30 000 Mark und nicht, wie von Herrn Walko irrtümlich angegeben, 13 000 Mark.

